

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 82 (2004)
Heft: 3

Artikel: Die globale Bevölkerungsentwicklung : eine weltinnenpolitische Herausforderung
Autor: Dok, Geert van
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341845>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 11.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die globale Bevölkerungsentwicklung – eine weltinnenpolitische Herausforderung

Lange Zeit vernachlässigt oder tabuisiert, sind demografische Fragen in den letzten Jahren ins Zentrum des politischen Interesses gerückt. Bewirkt wurde dies aber weniger durch die globale Herausforderung

Geert van Dok

des Bevölkerungswachstums mit seinen verschiedenen politischen, ökonomischen und ökologischen Folgen als durch die Sorge im Westen um die Sicherung von Wohlstand und Sozialwerken – so steht die Demografiedebatte hierzulande vor allem für die Alterung der Gesellschaft mit den Konsequenzen für Wirtschaft und Rentenfinanzierung.

Ganz anders die globale entwicklungspolitische Agenda: Die Diskussion um die demografische Entwicklung steht im Kontext weiterer globaler Trends wie Armut und Verelendung, Urbanisierung, Migration, Umweltbelastung und Ressourcennutzung sowie Pandemie Aids. Alle diese Politikfelder haben zwei Dinge gemeinsam: (i) Sie erlauben keine isolierte Sichtweise, sondern sind – wenn überhaupt – nur gemeinsam und in Relation zueinander politisch zu lösen. (ii) Sie sind national nicht in den Griff zu kriegen, sondern müssen mit einem weltinnenpolitischen Verständnis angegangen werden: Globale Probleme verlangen globale Aushandlungs- und Lösungsansätze – durch internationale Institutionen und Konferenzen (Global Governance), im Interesse der

ganzen Weltbevölkerung, nach innenpolitischen Spielregeln: ohne Gewaltanwendung, auf rechtsstaatlicher Grundlage, mit übergeordnetem Blick auf das Gesamtwohl, bemüht um die Überwindung von globaler Apartheid und um nachhaltige Entwicklung.¹

Demografische Daten

Sechs Milliarden Menschen leben heute auf der Erde – 80% in Entwicklungsländern –, bis 2050 werden es gemäss UN-Prognosen gut 9 Milliarden sein. Da das Weltbevölkerungswachstum zu 98% in den Entwicklungsländern stattfindet, wird sich das Verhältnis noch zuspitzen. 2050 werden 87% aller Menschen in Entwicklungsländern leben (*siehe Tabelle S. 33*).

Bei den drei relevanten Wachstumsfaktoren lassen sich dramatische regionale Unterschiede feststellen: (i) Die Lebenserwartung steigt kontinuierlich an, liegt aber in Entwicklungsländern mit knapp 65 Jahren um mehr als 10 Jahre tiefer als in Industrieländern. In Afrika liegt sie bei etwa 50 Jahren, Tendenz rückläufig: Laut WHO hat Aids im südlichen Afrika die

¹ Der weltinnenpolitische Ansatz wurde ausführlich entwickelt in: van Dok Geert, Staudinger Erika: Weltinnenpolitik. Entwicklungspolitische Herausforderungen an das 21. Jahrhundert. Caritas-Verlag, Luzern 2003. 238 S. Ausführliche Informationen zu den verschiedensten Weltbevölkerungsfragen sind zu finden auf der Homepage der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung: www.dsw-online.de

Bevölkerungswachstum gemäss Schätzung der UN

Region	2000	2025	2050
Welt	6'055	8'032	8'909
Industrieländer	1'188	1'241	1'155
Entwicklungsländer, davon:	4'867	6'791	7'754
<i>Afrika (südlich Sahara)</i>	784	1'086	1'521
<i>Asien (ohne Japan)</i>	3'563	4'779	5'163
<i>Lateinamerika</i>	519	709	809

Datenquelle: Leisinger, 1999; eigene Darstellung

Lebenserwartung um mehr als 20 Jahre sinken lassen. (ii) Die Säuglingssterblichkeit ist seit 50 Jahren überall drastisch gesunken – im Norden auf 9, im Süden auf 63 von 1000 Geburten; dort vor allem dank der Bekämpfung epidemischer Krankheiten (Malaria, Cholera, Pocken). In Afrika sterben 87 von 1000 Säuglingen, Tendenz seit neuestem wieder steigend. (iii) Die Fertilitätsrate (Anzahl Kinder pro Frau) ist in den Industrieländern mit durchschnittlich 1.6 mittlerweile so tief, dass ihre Gesellschaften zu schrumpfen drohen, während sie im Süden moderate 3.0 beträgt. In Afrika liegt sie bei 5.0, wobei 17 Staaten (von 20 weltweit) eine Rate von ≥ 6.0 aufweisen.

Die Hälfte der Weltbevölkerung wohnt heute in der Stadt, ein Drittel davon oder 1 Milliarde in den Slums des Südens. Allein in Afrika leben gut 70% aller Stadtbewohner in Armutsvierteln. Die Megastädte wachsen unaufhörlich: Mittlerweile gibt es 24 Agglomerationen über der 10-Millionen-Marke. In 25 Jahren werden 60% aller Menschen in urbanen Agglomerationen leben, wobei die Zunahme vor allem in den Entwicklungsländern geschehen wird (von 42% auf 57%); ohne Gegenmassnahmen wird sich dann die Zahl der Slumbewohner verdoppelt haben. Die Regierbarkeit der Megastädte wird zur grossen Herausforderung des «urbanen Millenniums»: Wohnungsbau, Infrastruktur (Transport, Bildung, Gesundheitswesen usw.), Ordnung, Versorgung, Umweltbelastung und über allem

fehlende Erwerbs- und wirtschaftliche Perspektiven. Die Land-Stadt-Migration der jungen Generationen – ein zentraler Verstärkungsfaktor – hat aber auch bei der zurückbleibenden ländlichen Gesellschaft tief greifende Folgen: Überalterung, wirtschaftlicher Zerfall, ökologische Schäden, familiäre Desintegration und soziale Unsicherheit.

Für viele arme Länder ist die Pandemie Aids zum tödlichen Störfaktor der demografischen und sozio-ökonomischen Entwicklung geworden. Ende 2001 waren 40 Millionen von HIV betroffen, 90% davon im Süden, 28 Millionen alleine in Subsahara-Afrika. In einzelnen Ländern ist die für Entwicklungsländer typische Bevölkerungs-«Pyramide» mittlerweile zum «Kamin» geworden – gerade die junge und mittlere Generation stirbt in grosser Zahl weg, die Bevölkerung altert in kürzester Zeit drastisch, ohne in irgendeiner Weise sozial oder ökonomisch darauf vorbereitet zu sein.

Auswirkungen auf Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt

Jährlich drängen 35 Millionen Menschen neu auf den Arbeitsmarkt. Bis 2050 müssten alleine in den Entwicklungsländern 1.8 Milliarden zusätzliche Arbeitsplätze (+ 85%) geschaffen werden, nur um das Ausmass an Arbeitslosigkeit und Unter-

Die Hälfte der Weltbevölkerung wohnt heute in der Stadt, davon 1 Milliarde in den Slums des Südens.

beschäftigung von 1995 stabil zu halten, als bei einer arbeitsfähigen Bevölkerung von 2.7 Mrd., davon 2.1 Mrd. im Süden, ein Drittel arbeitslos oder unterbeschäftigt war. Dieser Bedarf führt im Süden zu einem harten Lohnkostenwettbewerb; mit billigen Arbeitskräften wird um Investitionen geworben, die Armut wird weiter zunehmen. Zudem weichen immer mehr Menschen als Überlebensstrategie in den informellen Sektor oder in kriminelle Tätigkeiten aus.

In den

Entwicklungsländern schrumpft bei hohem Bevölkerungswachstum der Lohnanteil der untersten 40% am Gesamteinkommen.

Trotz Anstieg des Bruttonationaleinkommens in den Entwicklungsländern im Zuge des Weltwirtschaftswachstums verschärfte sich die Ungleichheit bei der Einkommensverteilung innerhalb und zwischen den verschiedenen Entwicklungsländern: Bei hohem Bevölkerungswachstum schrumpft der Lohnanteil der untersten 40% am Gesamteinkommen. Denn auf den kaum aufnahmefähigen Arbeitsmarkt trifft ein Übermass an Arbeitskräften, was eine Senkung des Lohnniveaus bewirkt, wovon wiederum die untersten Einkommenschichten besonders betroffen sind.

Das Bevölkerungswachstum ruft nach Investitionen des Staates, in Dienstleistungen ebenso wie in Infrastruktur, Industrie oder Landwirtschaft. Doch im Süden, vor allem in Afrika, fehlen die dafür nötigen Kapitalressourcen – mangels eigener Reserven, fehlender Kreditwürdigkeit und beschränkten Entwicklungsgeldern.

Das schnelle Bevölkerungswachstum überfordert viele Staaten, adäquate Dienstleistungen und Infrastrukturen bereitzustellen. Mangelnde Leistungsfähigkeit und Prioritätensetzung der politischen Institutionen sind dabei die Hauptprobleme. So wird der Druck auf die Bildungseinrichtungen weiter zunehmen, gerade auch in Afrika, wo die Angebote schon heute völlig unzureichend sind. Sinkende Bildungschancen und Ausbildungsdefizite

aber verstärken die Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, haben negative Folgen auf die volkswirtschaftliche Entwicklung. Die notwendigen enormen Investitionen in der Schul- und Berufsbildung drohen dabei auf Kosten anderer öffentlicher Sektoren zu gehen. Obwohl ein wirksames Gesundheitswesen unbestritten ein entscheidender Faktor individueller und gesellschaftlicher Entwicklung ist, wird es in den meisten Entwicklungsländern prekär bleiben, sei es wegen fehlender Finanzmittel oder des niedrigen Stellenwerts von Gesundheitsprogrammen bei politischen Eliten und Regierungen: Zwei-Klassen-Gesundheitssysteme werden weiter zunehmen.

Entscheidend bei der Ernährungssicherheit ist nicht die Menge der vorhandenen Nahrungsmittel – dank Ertragssteigerungen aufgrund technischer und wissenschaftlicher Fortschritte wird (auch unter Berücksichtigung ökologischer Schutzmassnahmen) weiterhin genügend produziert werden –, sondern die ungleichen Verteilungs- und Zugangsmöglichkeiten. Der Norden schlemmt – im Süden aber, wo der gesamte Anstieg am Nahrungsmittelbedarf bis 2020 stattfinden wird, wird den ärmsten Bevölkerungsgruppen, besonders Frauen und Kinder, der Zugang zu ausreichender Nahrung vielerorts verwehrt bleiben.

Die demografische Entwicklung wird oft als grösste globale ökologische Bedrohung angesehen. Auch wenn Szenarien von der begrenzten Tragfähigkeit der Erde in eine Sackgasse führen: Probleme beim Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen gibt es, qualitative wie das nichttragfähige Konsumverhalten der Industrieländer, quantitative wie die ständige wachsende Anzahl Menschen, die auf begrenzte natürliche Vorkommen zurückgreifen muss. Die Wasserversorgung wird bei wachsender Bevölkerung unter Druck geraten. Länder, die bisher keine Süsswasserprobleme hatten, sehen sich mittlerweile Versor-

gungseinschränkungen und Verteilungskonflikten gegenüber. Die konfliktiven Fragen der Zukunft drehen sich einerseits um die Verfügbarkeit und Qualität von Wasser – unsauberes Trinkwasser führt jedes Jahr weltweit zum Tod von Millionen Menschen –, andererseits um Konflikte wie landwirtschaftliche vs. industrielle Nutzung, städtische vs. ländliche Versorgung, Trinkwasser- vs. Bewässerungsverwendung. Die Hälfte des Bevölkerungswachstums findet in Ländern statt, welche die Grenzen der Verfügbarkeit bzw. Erweiterung landwirtschaftlicher Nutzflächen bereits erreicht haben. Täglich wächst die Weltbevölkerung um rund 200'000 Menschen, gleichzeitig gehen etwa 20'000 Hektar bebaubare Ackerfläche verloren. Parallel dazu sinken auch die Ertragssteigerungen in den Entwicklungsländern (z.B. Getreide). Vielerorts nähert sich das verfügbare Ackerland langsam dem Grenzwert von 0.7 ha pro Kopf, dessen Unterschreitung die eigene Nahrungsmittelversorgung auf Dauer gefährden würde. Zwei Drittel des Bevölkerungswachstums bis 2050 fallen auf Länder, in denen die Wälder bereits heute massiv geschädigt sind oder die Grenze ihrer Belastungsfähigkeit erreicht haben. Bei den vielschichtigen Ursachen von Waldzerstörung, -bestandsverminderung und -schädigung ist das Bevölkerungswachstum einer der sich gegenseitig bedingenden Faktoren – neben Eigentums- und Preisverhältnissen für Güter und Dienstleistungen des Waldes, Rodungen, industriellem Holzschlag, Strassenbau, Staudämmen, Brennholzbedarf, wachsender Armut, Siedlungspolitik usw. Heute leben 1.8 Milliarden Menschen in 36 Ländern mit einer Waldfläche von unter 0.1 ha pro Kopf, was deren Entwicklung nachhaltig beeinträchtigt. Bis 2025 wird sich ihre Bevölkerung auf drei Milliarden Menschen fast verdoppeln. Weltweit wird die Waldfläche dann von heute 0.6 auf 0.4 ha pro Kopf gesunken sein – eine Fläche kleiner als ein Fussballplatz.

Demografie lädt zum politischen Gestaltungswillen mittels Bevölkerungsprogrammen. Dabei muss sich eine staatliche Steuerungspolitik drei Kritiken stellen: der Legitimation (welche ethischen Kriterien?), der Werte (welche inhaltlichen Ziele?) und der Wirksamkeit (welche Instrumente?). Ein Dilemma wird – wie bei Chinas Ein-Kind-Politik mit Kontroll- und Sanktionsinstrumentarien wie Zwangsabtreibungen, Strafen bei Überschreitung der Geburtenpläne, Ein-Kind-Prämien oder Bevorzugung bei Arbeitsplatzteilung – deutlich: Ein anhaltend hohes Bevölkerungswachstum gefährdet menschliche Werte, was staatliche Eingriffe zur Schadensminderung für zukünftige Generationen hervorruft; genau solche Eingriffe aber bedrohen wiederum diese menschlichen Werte. Jüngere bevölkerungspolitische Erfolge sind sicherlich auf die UN-Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (Kairo 1994) und die Weltfrauenkonferenz (Beijing 1995) zurückzuführen. Wichtigste Ansatzpunkte im Kairoer Aktionsprogramm sind die Forderung nach armutsüberwindenden, grundbedürfnisorientierten Entwicklungsstrategien, nach gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und rechtlicher Gleichstellung der Frauen und nach Familienplanung mittels Aufklärung und empfängnisverhütender Mittel. Kairo stellte einen Paradigmenwechsel dar, doch die versprochenen Mittel flossen nur spärlich und heute – 10 Jahre später – ist der Kairoer Konsens in Gefahr, namentlich aufgrund der massiven Kritik der US-Administration Bush am Aktionsprogramm. Das 21. Jahrhundert wird zeigen, ob die globale demografische Entwicklung dank Armutsbekämpfung und Entwicklungsstrategien stagnieren oder die Bevölkerungskurve weiterhin steigen wird. Eine neue Herausforderung ist die globale Demografie des Alterns, die bislang in den bevölkerungspolitischen Szenarien einen marginalen Stellenwert einnahm. Weltweit liegt die Lebenserwartung bei 66

Täglich wächst die Weltbevölkerung um rund 200'000 Menschen, gleichzeitig gehen etwa 20'000 Hektar bebaubare Ackerfläche verloren.

Die Industriestaaten wurden zuerst reich und dann alt, die Entwicklungsländer altern zuerst ...

Jahren (1950: 46 Jahre); es leben etwa 630 Mio. Menschen über 60 Jahren, 2050 werden es knapp 2 Milliarden sein – in den entwickelten Regionen etwa ein Drittel, in den anderen Regionen ein Fünftel der Bevölkerung. Die «alternde Gesellschaft» hat weitläufige Auswirkungen: auf das politische System, auf Wirtschaftswachstum, Sparquote, Investitionen und Konsum, Arbeitsmarkt, Pensionen, Steueraufkommen, Eigentum und Fürsorge zwischen Generationen, Gesundheitswesen, Familienkonzeption bzw. Formen des Zusammenlebens einer Gesellschaft usw. WHO-Generaldirektorin Brundtland nannte 2002 als grosse Herausforderung, dass «die Industriestaaten zuerst reich und erst dann alt wurden, während die Entwicklungsländer altern, bevor sie reich werden» (treffender wäre: «ohne je reich zu werden»).

Der Alterungsprozess findet in erster Linie auf dem Land statt, «urbanes Millennium» hin oder her. In den ländlichen Gebieten des Südens wird sich die Zahl der älteren Menschen bis zum Jahr 2025 verdoppeln. In 10 Ländern – vorwiegend in Subsahara-Afrika – ist der Anteil der älteren Menschen in ländlichen Gebieten doppelt so hoch wie jener in urbanen. In 40 Ländern ist der Anteil älterer Frauen im ländlichen Gebiet deutlich höher als der Anteil älterer Männer. Diese Tatsachen verdeutlichen, dass die Alterung der Bevölkerung im ländlichen Raum tief greifende Veränderungen und Auswirkungen auf Ernährungssicherung, Gesundheitswesen, Arbeitsmarkt, Entwicklungsprozesse und landwirtschaftliche Produktion mit sich bringen wird. Im Zuge der Globalisierung wird das Altern in (bescheidener) Sicherheit für viele Menschen in den Entwicklungsländern in Frage gestellt werden, bedroht durch sozioökonomische Veränderungen, Migration und Landflucht jüngerer Bevölkerungsgruppen. Alte Menschen werden ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rolle beraubt, aus der Ver-

ankerung ihrer traditionellen (familiären) Unterstützungsnetze herausgerissen und können meistens weder nennenswerte Altersvorsorgeleistungen noch Unterstützungen eines Sozial- oder Krankenversicherungssystems in Anspruch nehmen.

Die Millenniums-Entwicklungsziele der UNO

Die globale demografische Herausforderung ist kein Drama, aber auch nicht zu unterschätzen. Sie verlangt in erster Linie eine sachliche und ethisch verantwortungsvolle Politik sowie einen effizienten und nachhaltigen Einsatz der weltweit vorhandenen Ressourcen. Apokalyptische Szenarien hingegen führen in eine gesellschaftspolitische Sackgasse. Entscheidend ist eine kreative, sensible und unpolemische Auseinandersetzung um das Verhältnis zwischen Bevölkerungsentwicklung und gesellschaftlicher, politischer und kultureller Stabilität. Es geht darum, welche Interventionen der menschlichen Sicherheit dienlich sind. Die acht globalen Millenniums-Entwicklungsziele der UNO, auf die sich die Mitgliedstaaten im September 2000 verpflichteten, sind ein vielversprechender Weg dahin. Die ersten sieben Zielvorgaben beinhalten Massnahmen für die menschliche Entwicklung in armen Ländern:

- 1 extreme Armut und Hunger beseitigen,
- 2 Grundschulausbildung für alle Kinder gewährleisten,
- 3 Gleichstellung und grösseren Einfluss der Frauen fördern,
- 4 Kindersterblichkeit senken,
- 5 Gesundheit der Mütter verbessern,
- 6 HIV/Aids, Malaria und andere Krankheiten bekämpfen,
- 7 eine nachhaltige Umwelt gewährleisten.

Jedes Land soll – angepasst am nationalen Kontext – die Ziele umsetzen und über seine Fortschritte berichten. Ziel 8 – eine globale Partnerschaft im Dienst der Entwick-

lung schaffen – verpflichtet die reichen Länder zu finanzieller Unterstützung und politischen Veränderungen in den Bereichen Entschuldung, Handel und Wirtschaftsführung, um die armen Länder bei der Verwirklichung der ersten sieben Ziele wirksam zu unterstützen. An der Erreichung der Ziele wird die internationale Politik künftig zu messen sein – auch die der Schweiz. Wahrhafter Fortschritt wird davon abhängen, wie konsequent die politischen Führer ihre Zusagen einhalten.² Zivilgesellschaftliche Organisationen überall auf der Welt sind gehalten, sie dafür zur Rechenschaft zu ziehen. Auch eine nachhaltige demografische Entwicklung wird davon abhängen.

Literatur

- Bähr Jürgen, 2001: Entwicklung der Weltbevölkerung an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Geographische Rundschau, 53. Jg., Heft 2, Februar, S. 45–50.
- Birg Herwig, 1996: Die Weltbevölkerung, Dynamik und Gefahren, München.
- Bohle Hans-Georg, 2001: Bevölkerungsentwicklung und Ernährung. Sind die «Grenzen des Wachstums» überschritten? Geographische Rundschau, 53. Jg., Heft 2, Februar, S. 18–24.
- Brinkhoff Thomas, 2004: The Principle Agglomerations of the World, 22.05.2004, www.citypopulation.de.
- Brown Lester R., Gardner Gary, Halweil Brian, 2000: Wie viel ist zu viel? 19 Di-

mensionen der Bevölkerungsentwicklung, Stuttgart.

- CIDSE, Caritas Internationalis, 2003: Internationale Kampagne zu den Millenniums-Entwicklungszielen, Bruxelles, Rom.
- van Dok Geert, Staudinger Erika, 2003: Weltinnenpolitik, Entwicklungspolitische Herausforderungen an das 21. Jahrhundert, Luzern.
- DSW, 2001: DSW Symposium 2001, Divergenz der Trends, Neue demographische Herausforderungen, Berlin.
- DSW-Newsletter, Newsletter der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung, Berlin,
- Haub Carl, 2002: Dynamik der Weltbevölkerung 2002, Stuttgart.
- Leisinger Klaus M., 1999: Die sechste Milliarde, Weltbevölkerung und nachhaltige Entwicklung, München.
- Scharping Thomas, 1997: Bevölkerungspolitik und demographische Entwicklung in China, Köln.
- Ulrich Ralf, 2001: Globale Bevölkerungsdynamik. In: Opitz (Hg.), Weltprobleme im 21. Jahrhundert, München, S. 21–52.
- UNIC, 2002: Die alternde Bevölkerung – Fakten & Zahlen. Altern und Entwicklung. In: Pressemappe zur Zweiten Weltversammlung zur Frage des Alterns, Madrid, 8.–13. April 2002, Bonn.
- UN Population Division, 2001: World Population Prospects, The 2000 Revision, New York.

Geert van Dok, 50, wohnhaft in Langnau i.E., ist Ethnologe und Leiter der Fachstelle Entwicklungspolitik bei Caritas Schweiz.

² Den 8 Zielen wurden klare Vorgaben bis 2015 zugeordnet (z.B. Armut halbieren). Der Zusatzbedarf wird dabei auf jährlich 50 Mrd. US-\$ geschätzt. Nach vier Jahren sieht die Zwischenbilanz – in Zeiten nationaler Millenniums-Sparziele – gelinde gesagt bescheiden aus.



